

Gegenstand: Haushalte 2016 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung - Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen, Beschlussfassung

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Haushaltsrede CDU - Dr. Gottfried Jung

Herr Dr. Jung beschäftigt sich in einer Haushaltsrede mit der kommunalen Verschuldung in Rheinland-Pfalz, die strukturell bedingt höher sei als in anderen Bundesländern. Er bescheinigt der Wirtschaftsführung des Oberbürgermeisters einen massiven Sparwillen. Während bei den Sozialausgaben in den vergangenen Jahren aufgabenbedingt ein deutlicher Anstieg zu beobachten sei, sind die Personalausgaben kaum gestiegen. Die CDU erwartet, dass für die meisten Haushaltsprodukte künftig Ziele vorgegeben werden, um ein Benchmarking mit anderen Städten zu ermöglichen. Externe Organisationsuntersuchungen sind ein geeignetes Mittel, um Verwaltungsstrukturen zu durchleuchten und neu zu strukturieren. Zielsetzung muss sein, die Ausgaben zu bremsen und die Einnahmen zu erhöhen. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine moderate Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf den Landesdurchschnitt der kreisfreien Städte nachvollziehbar und tragbar. Im bundesweiten Durchschnitt liegt dieser deutlich höher, in Bayern schon im Jahr 2014 bei 450 %.

Die CDU erwartet, dass Bundesförderprogramme konsequent genutzt werden, z.B. für den Klimaschutz, den Ausbau des Radwegenetzes, die Umstellung der Innen- und Außenbeleuchtungen auf LED; dabei ist die Antragstellung bis Ende März 2016 notwendig. Auch Prozesse wie der Stadtumbau Innenstadt-Nord machen externe Gutachten immer wieder erforderlich. Er gibt einen kurzen Aufriss über die Zielsetzungen der Stadt von den 70er Jahren bis heute; aus CDU-Sicht sollte ein weiteres Leitbild die Gesundheitsvorsorge im Rahmen des Gesunde Städte Netzwerks sein.

Klimaschutz muss von unten gelebt werden. Deshalb muss eine Änderung im individuellen Mobilitätsverhalten eintreten. Der ÖPNV muss gestärkt werden; ein zusätzlicher S-Bahn-Halt bringt den ÖPNV näher an die Wohnungen heran.

Weitere Themen der Rede sind die anstehende Integration von Flüchtlingen, die Wirtschaftsförderung, der Wohnungsbau, die Finanzierung des Kinder- und Jugendtheaters mit Unterstützung des Landes sowie die Förderung des geplanten Schiffsanlegers am Rhein. Für den Russenweiher wird in 2016 ein Sanierungskonzept erwartet, für das auch Fördermittel des Landes in Aussicht stehen. Der Friedhof und seine Angebote müssen aus Sicht der CDU auf den Prüfstand; die neue Arbeitsgruppe soll sich damit auseinandersetzen.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Haushaltsrede SPD - Walter Feinler

Er kündigt eine andere Haushaltsrede der SPD an als noch vor 2-3 Jahren. Schwerpunkt ist dabei der Appell an den Zusammenhalt in der Stadt, weshalb es keine Kürzungen bei Soziales und Jugend geben dürfe. Auch die Integration von Flüchtlingen sieht er als gesamtstaatliches Problem von Bund, Land, Kommunen und der bürgerlichen Gesellschaft. Kernprobleme im Haushalt lokalisiert er in fremdbestimmten Pflichtaufgaben, weshalb eine Entlastung der Kommunen bei Soziales und Jugend gefordert wird.

Ein weiteres Schwerpunktthema skizziert er in der Aufgabe "Gutes Wohnen für alle" und warnt vor sozialem Sprengstoff aus dem Konkurrenzverhältnis von Geringverdienern und

Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt. Daher nennt er als Zielsetzungen für Wohnvorhaben, dass der Bund die Mittel für den Sozialen Wohnungsbau verdoppeln muss. Allerdings muss auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft ihrer Aufgabe nachkommen; diese sieht er nicht als Bauträger für Bürogebäude. Er verweist auf das Wohnraumkonzept und Wohnen in den Stadtteilen, das in SP-West sehr gut gelungen ist, in SP-Nord nur teilweise, da sich das Programm nur auf den Bereich westlich der Spaldinger Straße erstreckt hat. Die Entwicklung von Vogelgesang und Neuland sieht er als neue Ziele. Hinzu kommt eine gesicherte Nahversorgung als Kernzelle der Stadtteile; er nennt den Heinrich-Lang-Platz als Beispiel.

Speyer braucht weitere Gewerbeansiedlungen und Impulse für Gründungen. Dabei wird die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes durch die SPD mitgetragen. Gleichzeitig richtet er seinen Dank an die Betriebe, welche dem Standort treu geblieben sind. Zu den Personalausgaben verweist er auf die Personaldecke beim Friedhof und Stadtgrün. Schulsozialarbeit ist zur Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer wichtig; dabei ist aber auch das Land in der Pflicht. Er spricht sich für eine Erhöhung der Kinderbetreuung in den Randzeiten und eine Aufwertung sozialer Berufe aus.

Daneben spielen Themen wie Konsequenzen aus der Umfrage zum KiTa-Essen und der Vorschlag einer zentralen Küche zur Verarbeitung regionaler Produkte, die Förderung des Ehrenamtes, die Schaffung eines Speyerer Nachwuchspreises als Plattform für Kulturschaffende und die Erhaltung von Grünbereichen, z.B. am Russenweiher, eine Rolle. Als kritische Bereiche führt er den S-Bahn-Haltepunkt Süd, den Stillstand bei der Weiterentwicklung des vorweihnachtlichen Speyers und die Situation bei den Wochenmärkten an. Die SPD schlägt einen Markttag im Vogelgesang vor und hält eine Verlegung des Samstagmarktes auf den Fischmarkt für überlegenswert.

Ansonsten wird die SPD-Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen – Irmgard Münch-Weinmann

Frau Münch-Weinmann setzt sich mit den Planzahlen im Haushalt auseinander. Sie kritisiert das erneute Defizit, die Tatsache, dass wieder die Vergleichszahlen zu den Vorjahren fehlen und zum Teil große Unterschiede zwischen den Ansätzen und Rechnungsergebnissen vorliegen. Daher begrüßt sie den vorgestellten interaktiven Haushalt ausdrücklich und bedankt sich bei allen Beteiligten für die Aufarbeitung der Rechnungsergebnisse bis zum kommenden Jahr. Kritisch äußert sie sich zum Rückgang der Erträge der Sparkasse Vorderpfalz und den neuen Konditionen für Girokonten dort, verbunden mit der Forderung zur Aufklärung des Organkredits an Dr. Wilke

Weiterhin thematisiert sie Ungereimtheiten bei den Personalkosten (sinkende Versorgungsaufwendungen) und den Kommunalen Entschuldungsfond. **Sie stellt den Antrag**, sämtliche Zuwendungen von EU, Bund und Land im Haushalt 2017 in einer Liste auszuweisen. Daneben kritisiert sie die politische Machtverhältnisse im Rat und das Verhalten der Großen Koalition gegenüber Anträgen der Opposition. Trotz eines Finanzvolumens von 62 Mio. € tagt der Sozialausschuss lediglich 2 Mal pro Jahr, auch im Jugendhilfeausschuss werden kaum Themen von kommunalem Interesse behandelt.

Als grüne Kernthemen für 2016 skizziert sie:

- Soziale Gerechtigkeit und ehrenamtliches Engagement
- Umwelt / Klimaschutz
- Verkehr mit zukunftsfähiger Mobilität
- Ökologische Stadtentwicklung

Die Grünen sprechen sich für eine Weiterentwicklung der vorhandenen Bauflächen und einen sozialen Wohnraum mit möglichst wenig Nachverdichtung aus. Weiterhin steht die Fraktion hinter einem zusätzlichen S-Bahn-Halt im Süden mit klaren Forderungen zur

Realisierung. Die Standorte für die Rettungswache und die Feuerwache hingegen stoßen nicht auf die Zustimmung der Fraktion. Dagegen wird die Gewerbesteuererhöhung mehrheitlich mitgetragen.

Weitere Themen sind Bildung, der Schulentwicklungsplan, 100 Jahre Walderholung und das Kinder- und Jugendtheater. Bezüglich des Frauenhauses **beantragen die Grünen**, die fachliche Hilfe durch ein pädagogisches Angebot für Kinder und Jugendliche mit einer halben Fachstelle zu verbessern.

Mit Blick auf die Kommunalwahl 2019 ermuntert Frau Münch-Weinmann junge Frauen, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Bündnis 90/Die Grünen werden dem Haushalt ansonsten zustimmen.

Haushaltsrede SWG - Sandra Selg

Die SWG wiederholt ihre Kritik: "Kein weiter so" wie schon 2014. Das Verhaltensmuster der Stadt geht zu Lasten der künftigen Generationen. Es ist auch ein rauer Wind aus Trier in der Haushaltsgenehmigung erkennbar, weil von den Haushaltsgrundsätzen auch im Haushaltsentwurf 2016 nichts zu erkennen ist. Sie fordert einen konkreten Bezug zu den beabsichtigten Wirkungen kommunalen Handelns.

Schwerpunkt der SWG-Finanzpolitik ist die Erhaltung des Eigenkapitals. Sie stellt die Entwicklung des Eigenkapitals bis 2019 dar und erinnert an das gesetzliche Überschuldungsverbot. Mit Liquiditätskrediten bis 138 Mio. € in 2019 droht Überschuldung. Dies sei keine solide Politik, mit dieser Schuldenquote könne sie nicht gut schlafen. Zudem seien die Leitzinsen auf einem historischen Tief, bereits minimale Veränderungen verschärfen die Situation zusätzlich. Gesamtschulden über 200 Mio. € verursachen täglich 15.500 € Zinsaufwand. Das strategische Management muss geändert werden. Die Erwartung an die Stadtführung sei höher als bloßer Fatalismus und Alternativlosigkeit. Die SWG fordert ein Haushaltssicherungskonzept. Mit einer Fachstelle Controlling und einem externen Beratungsbüro muss mehr möglich sein.

Als Beispiele verfehlter Planungen nennt sie:

1. S-Bahn-Halt – Kritikpunkte: Schließzeiten, Parkraumkonzept, Folgekosten, fehlende Akzeptanz durch Anwohner, keine qualifizierte Bürgerbeteiligung
2. Erforderlichkeit von gleich 3 Radverkehrskonzepten (BPA 13.12.2006, SR 29.06.2010 und aktuell)
3. Mangelnde Nutzung des Fahrradverleihsystems Nextbike:
Die SWG **stellt den Antrag**: Vorlage der Ausleihezahlen, Kilometerzahlen und der Kosten je gefahrenem Kilometer durch die Fa. Nextbike in 2016.
Weiterer Antrag: Durchführung einer qualifizierte Kosten-/Nutzenanalyse, bevor solche Projekte dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden.
4. Buslinie 569 - Cura-Center (Zuschussbedarf jährlich 90.000 €)
Die SWG fordert die Änderung des Verkehrslinienbündels und Einstellung der 569. Die Kilometer der Linie 569 sollten auf die Linie 561 zur Verdichtung auf einen 30 Minuten-Takt übertragen werden; damit erübrigt sich auch die Investition in den S-Bahn-Halt

Weiterhin wird die SWG der Gewerbesteuererhöhung nicht zustimmen, da

1. die Gewerbetreibenden durch die Reform 2008 ohnehin stärker belastet wurden und eine Abwanderung in Nachbargemeinden droht (nicht in kreisfreie Städte),
2. die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Kämmerei weiterhin positiv mit Steigerung der Einnahmen beurteilt werden und das Rad nicht überdreht werden darf,

3. die Gewerbesteuer als Äquivalent für staatliche Gegenleistung zu sehen ist und nicht zur Deckung von Haushaltslücken; dabei steht Speyer bundesweit an drittletzter Stelle bei den Investitionen

Die Einführung eines interaktiven Haushalts wird begrüßt, dabei ist der Bürgerhaushalt nicht als Wunschkonzert zu verstehen, sondern als Einstieg in eine moderne Politik.

Die SWG lehnt den Haushaltsentwurf ab.

Haushaltsrede BGS – Claus Ableiter

Im Gegensatz zu den Mehrheitsfraktionen gibt es von der BGS weniger Süßes und mehr Saures, der Weihnachtsfrieden gilt noch nicht. Symptomatisch für die Situation sei bereits die Ausweisung eines Jahres"überschusses" von minus -7,3 Mio. € Kontokorrentkredite (Liquiditätskredite) in Höhe von 119 Mio. € gegenüber einem Gesamtumsatz von 158 Mio. € sind zutiefst unseriös. Entsprechend vernichtend fallen die Bewertungen durch die ADD Trier aus.

Steuererhöhungen werden notwendig, wenn man sich bestimmte Ausgaben, auch unnötige, leisten will. In diesem Zusammenhang erwähnt er den von ihm so genannten "Bonzen-Flughafen" mit einem Defizit von 500.000 € im Jahr auf Kosten des Steuerzahlers. Eine minimale Defizit-verringerung wird durch die Stationierung von 3 neuen Maschinen erkaufft. Dies dokumentiert die Zwickmühle aus Kostendeckung einer- und Fluglärm andererseits. Die BGS schlägt die Stilllegung und Verwertung des Riesengeländes als Gewerbefläche vor.

Das von der SPD geforderte Leben in den Stadtteilen erfordert eine grundlegende Infrastruktur. Es sei eine Schande, dass die Ergänzungswache in SP-Nord nicht gebaut wird. Die Feuerwache in Süd erreicht Nord nicht fristgerecht; wer dies fordert, spielt mit dem Leben der Bewohner. Die Stadt hat zwar kein Geld für 10 Tannenbäume für die Adventliche Siedlung, aber über 100.000 € für ein völlig sinnloses Gutachten zum Stadtmarketing. Ähnliches gilt die die Platzgestaltung am St.-Guido-Stifts-Platz und am Heinrich-Lang-Platz, der, zumindest mit Bäumen bepflanzt, besser aussieht als vorher mit den Betonflächen/-kübeln.

Überrascht zeigt sich die BGS, dass der Verzicht auf die Umweltzerstörung im Auwald mit lediglich 28.000 € Wenigereinnahmen zu Buche schlägt. Es wird kritisiert, dass gegen die Ausbreitung der Giffahne vom alten Siemensgelände so zögerlich agiert wird. Notfalls muss mit Zwangsmaßnahmen gegen die Verursacher vorgegangen werden. Im Gegensatz zur Aussage der SWG funktioniert Nextbike aus seiner Beobachtung heraus gut. Außerdem sei charakteristisch, dass Bahn-Stationen in unmittelbarer Nähe zu einer Verlagerung des Mobilitätsverhaltens führen. Wenn man sich für ÖPNV ausspricht, dann muss man sich auch für so etwas einsetzen. Bei allen S-Bahn-Haltepunkten im Bereich Rhein-Neckar wurden alle Prognosen überschritten, zum Teil deutlich.

Grundsätzliche Kritik richtet sich auch gegen die Kleinteiligkeit der Landesstrukturen im Südwesten. Aus Sicht der BGS könnte man 2 der 3 Landesregierungen zu Gunsten von Kindertagesstätten, Bildung etc. einsparen.

Die BGS-Fraktion stimmt dem Teilhaushalt Soziales ausdrücklich zu, weil dort gute Arbeit geleistet wird, ansonsten wird der Gesamthaushalt abgelehnt.

Haushaltsrede Die Linke - Wolfgang Förster

Die Linke kritisiert die Entstehung neuer Defizite und das Abschmelzen der Kapitaldecke. Der

Investitionsstau sei in Speyer an allen Ecken sichtbar, z.B. bei Radwegen, Schulen und Kindergärten.

Im Gegensatz zu den Vorrednern sollten sich aus Sicht der Linken die Arbeitszeiten der Eltern lieber an die Kinderbetreuung anpassen als umgekehrt. Mit Blick auf die Flüchtlingshilfe unterstreicht Herr Förster die vorbildliche ehrenamtliche Tätigkeit in Speyer. Er warnt jedoch davor, soziale Missstände in Deutschland auf dem Rücken von Flüchtlingen auszutragen.

Die Einnahmeseite der Kommunalen Haushalte muss sich verbessern. Die errechneten 10 Mrd. € für die Flüchtlingshilfe werden sich auch als direkte Wirtschaftsförderung im Binnenland bemerkbar machen. Die Gewerbebetriebe müssen sich an den Investitionen der Kommune beteiligen, daher wird der Gewerbesteuererhöhung seitens der Linken zugestimmt, auch wenn außer den Prozentpunkten ansonsten Aussagen fehlen. Er wiederholt die Forderung nach einer umfassenden Gemeindefinanzreform zur Erhaltung einer Daseinsvorsorge durch die Kommunen. Ein Bürgerhaushalt wäre sinnlos, wenn die Bürgerinnen und Bürger nur Fragen beantworten können, wo gespart werden soll. Gegensteuern wird auch in der Wohnungsbaupolitik zu Gunsten von GEWO und GBS anstatt überregionalen Investoren gefordert, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und keine Luxuswohnungen.

Die Verringerung von Schulden ist immer auch mit dem Abbau von Guthaben an anderer Stelle verbunden. Da der Haushaltsentwurf 2016 eine Fortschreibung der bisherigen Politik darstellt, lehnt die Linke ihn ab.

Haushaltsrede FDP - Dennis Peterhans

Die FDP zitiert den Slogan: mit einem Haushaltsplan geht man wenigsten systematisch bankrott.

Der vorliegende Haushalt habe wenig mit Transparenz zu tun, auch der Vorbericht gibt keine Aussagen dazu. Der Haushalt des Rhein-Pfalz-Kreises hat 40 Seiten detaillierte Vorberichte zu den Entwicklungen. Als prekär wird die Entwicklung der Eigenkapitalsdecke beurteilt. Dabei seien nicht alle Faktoren hausgemacht. Die FDP moniert die erneute Verletzung des Konnexitätsprinzips, z.B. in der Flüchtlingshilfe, für die eine moralische Verpflichtung besteht. Diese ist übergeordnet eine Aufgabe von Land, Bund und Europa, so der Finanzbericht des Dt. Städtetages. Das Land hat anscheinend den Überblick über die bedarfsgerechte Verteilung der Mittel verloren, wie das Zelt in der Kurpfalz-Kaserne zeigt. Dabei sei dies wichtig für den Ängsteabbau in der Bevölkerung. Weiterhin fordert die FDP, dass das Land die Mittel aus dem Betreuungsgeld voll an die Kommunen weitergibt und sich stärker an den Kosten beteiligt. Die chronische Unterfinanzierung der Kommunen führt dazu, dass selbst die Pflichtausgaben nicht mehr geleistet werden können. Der Rat bald gar keinen Spielraum mehr

Seitens der FDP wird eine klare Ablehnung des Gewerbesteuersatzes ausgesprochen und hinterfragt, was höhere Sätze bringen, wenn sich weniger daran beteiligen. Der Fokus der Stadt ist auf Wirtschaftsförderung und Gewerbeansiedlung zu richten, z.B. auf dem Polygongelände. Die ablehnende Haltung gilt auch für die Tourismusabgabe, den Umgang mit Steuermitteln beim S-Bahn-Halt – die FDP fordert "Halt zum Haltepunkt" – und zur Gutachteritis der Stadt; er fordert mehr Vertrauen in die Qualität der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Die FDP wiederholt die Forderung nach einer Beteiligung der Umlandgemeinden an den weiterführenden Schulen in Speyer. Vom Eintritt der SPD in die Große Koalition hatte er sich nach der jahrelangen Kritik anderes erwartet.

Die FDP lehnt den Haushaltsentwurf ab.

Haushaltsrede FWS - Dr. Reinhold Mohler

Sparen ist aus Sicht der FWS für sich kein Selbstzweck, der Plan aus dem Wahlkampf fehlt immer noch. Der bereits wiederholt erwähnte Investitionsbericht sei ein erschreckendes Ergebnis der Kommunalpolitik. Die Personalausgaben der Stadt sind im Vergleich zu anderen Kommunen viel zu hoch, deshalb ist jede neue Stelle auf den Prüfstand zu stellen. Man leistet sich eine hauptamtliche Beigeordnete, die selbst vor ein paar Jahren noch die Abschaffung dieser Stelle gefordert hat. Die wiederholt kritisierte Vermüllung der Grünanlagen bei hohem Personalstand wäre mit einem besseren Personaleinsatz in den Griff zu bekommen.

Den S-Bahn-Halt würde die FWS weiter nach Süden verlagern. Bisher aber nur rudimentär vorhandene Informationen erlauben jedoch keine Aussage für oder wider. Scharf kritisiert wird das Stadtmarketing und die Ausgabe von 100 T€ für Schlagworte wie "typisch pfälzisch"; er wirft die Frage auf, was beworben werden soll. Für mehr Einwohner fehlt der Wohnraum, die Touristenzahlen steigen ohnehin und für mehr Gewerbe sind keine Flächen vorhanden.

Aus Sicht der FWS ist ausreichender Personalbestand und -verstand im Haus, trotzdem werden Gutachten über Gutachten beauftragt.

Mit den Hebesätzen der Gewerbesteuer steht Speyer nicht in Konkurrenz mit Bayern, sondern mit den Umlandgemeinden, die deutlich niedrigere Sätze anbieten. Eine Erhöhung wirkt sich negativ auf die Ansiedlung von Gewerbebetrieben und damit auf den Zuzug junger Familien aus. Bisher ist für ihn noch keine zukunftsorientierte Planung erkennbar.

Die Erschließung neuer Baugebiete lässt ebenfalls einen Generalplan vermissen. Der wiederholt geforderte Gestaltungs- und Planungsbeirat mit neutralen Fachleuten sollte wiederbelebt werden. Die bauliche Flickschusterei hingegen darf nicht weiterverfolgt werden, sie führt zu einer weiteren Verdichtung der ohnehin bereits hohen Wohndichte.

Bereiche, denen die FWS zustimmen kann, finden sich insbesondere im Bereich der Jugend- und Sozialpolitik. Ansonsten spricht Herr Dr. Mohler von einem aufgeblähten Verwaltungsapparat mit mangelnder Eigeninitiative, fehlender Initiative des Stadtrates, einer ineffektiven Müllentsorgung und Grünflächenpflege und weiteren Defiziten der Stadtpolitik. Die Rede schließt mit der Feststellung, dass, entgegen der Eger'schen Wahlpropaganda, der Mann mit dem Bart nicht der Mann mit dem Plan sei.

Die FWS stimmt dem Haushaltsentwurf nicht zu.

Zur weiteren Vorgehensweise schlägt der Vorsitzende folgendes vor:

1. Der bedingte Antrag der Grünen zum Kinder- und Jugendtheater (KJT) soll nach Gesprächen mit den anderen Trägern in den NTH 2016 einfließen.

Herr Feiniler weist auf intensive Gespräche zum KJT hin, der nächste Termin finde im Januar 2016 statt.

2. Die beantragte halbe Stelle für eine pädagogische Fachkraft im Frauenhaus sollte zunächst im Sozialausschuss erörtert werden. Dabei sind Qualifikation, Bedarf und Gegenfinanzierung zu ermitteln, ggf. ebenfalls mit Aufnahme in den NTH 2016.

Diese Vorgehensweise wäre laut Frau Münch-Weinmann grundsätzlich tragbar, sie hätte jedoch vorher noch eine grundsätzliche Einschätzung der anderen Fraktionen. Herr Dr. Jung spricht sich für eine Fachberatung im Ausschuss, jedoch gegen eine Entscheidung aus der Hüfte aus.

Herr C. Ableiter signalisiert eine tendenzielle Unterstützung des Grünenantrags.

Der Antrag der Grünen wird daraufhin einstimmig zur Fachberatung mit Caritas, Diakonie, DPWV u.a. in den Sozialausschuss verwiesen.

Herr Czerny gibt zu Protokoll, dass er sich gegen den Bau der Feuerwache am Rauschenden Wasser und für 2 Stützpunkte sowie gegen die Gewerbesteuererhöhung ausspricht.

Herr Hinderberger präzisiert für die SPD deren ablehnende Haltung zum Flugplatz.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Haushaltsentwurf 2016 mehrheitlich zu (bei 11 Gegenstimmen: SWG-Fraktion, BGS-Fraktion, Fraktion Die Linke, Ratsmitglied FDP, Ratsmitglied FWS).

Die Stadtratsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen (mehrheitlich) und Linke tragen dabei die von der Verwaltung vorgeschlagene Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 405 auf 415 Prozentpunkte mit; sie ist damit für den Haushalt 2016 beschlossen.

Die Stadtratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geben zu Protokoll, dass sie die Teile des Haushaltes nicht mittragen, welche den Verkehrslandeplatz Speyer betreffen.

Die BGS-Stadtratsfraktion hingegen stimmt dem Teilhaushalt 4 (Soziales) ausdrücklich zu, während sie dem sonstigen Haushalt die Zustimmung verweigert.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Altglassammlung; Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.12.2015
Vorlage: 1747/2015

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist verfahrenstechnisch darauf, dass im Mai die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes einstimmig beschlossen wurde. Die Altglassammlung ist darin geregelt. Bis 2017 soll danach die Sacksammlung fortgeführt werden; in der Zwischenzeit soll eine Evaluation im Werkausschuss mit dem DSD über Sammlungsalternativen erfolgen, auch im Hinblick auf Altglaskörbe, wie von SWS/EBS favorisiert. Der Antrag zielt nun auf eine erneute Behandlung im WA und Änderung der bereits bestehenden Verträge.

Herr Czerny stellt fest, dass die Verträge 2017 auslaufen, d.h. der Werkausschuss muss sich schon 2016 damit beschäftigen. Nachdem dieser Auftrag ohnehin besteht, schlägt der Vorsitzende vor, diesen Antrag in die Beratungen mit dazu zu nehmen.

Dem stimmt die antragstellende Fraktion zu.

Gegenstand: **Bebauungsplan Nr. 037 I "Alte Rheinhäuser Weide, 7. Änderung"**
hier:
Auswertung der Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB)
und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher
Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB) sowie Satzungsbeschluss (gemäß
§ 10 BauGB)
Vorlage: 1733/2015

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Rat der Stadt Speyer einstimmig:

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 037 I „Alte Rheinhäuser Weide, 7. Änderung“ wird gemäß der Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Rat der Stadt Speyer beschließt den Bebauungsplan Nr. 037 H "Alte Rheinhäuser Weide, 6. Änderung“ gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Satzung auszufertigen und den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

**Gegenstand: Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „ehemalige Kaserne Normand“
Vorlage: 1724/2015 und 1724/2015/1**

Die Vorlage und die Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteile des Beschlusses.

Die Entscheidung über die Aufhebung einer Satzung hat nach § 24 GemO in öffentlicher Sitzung zu erfolgen.

Beschluss:

Der Stadtrat Speyer beschließt einstimmig die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „ehemalige Kaserne Normand“ mit der vorliegenden Aufhebungssatzung aufgrund der Beendigung der Sanierungsmaßnahme gemäß § 162 Abs. 1. S. 1 des Baugesetzbuches (BauGB).

Mit Ende der Sanierungsmaßnahmen und Beschluss über die Aufhebung der Sanierungsgebietes endet auch die Beauftragung der GEWO Wohnen mbH als Sanierungstreuhänder gemäß § 16 Abs. 2c) des Sanierungsträger- und Treuhandvertrages über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen im Sanierungsgebiet „ehemalige Kaserne Normand“ in Speyer vom 2.3.2007.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 1748/2015

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag des Fachbereiches 4 - Jugend, Familie, Senioren, Soziales, Bildung und Sport:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Jugendhilfeausschuss (15.):	<i>unverändert</i> <i>(Inge Trageser-Glaser)</i>	neu: Ursula Gortschakoff Schwerdstraße 19 für: Ute Brommer

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1749/2015**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

Gegenstand: Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert, dass im Sinne der Nachhaltigkeit Veränderungen bei der Getränkebereitstellung im Stadtrat geplant sind.

Cola wird zukünftig nicht mehr angeschafft. Bei den Fruchtsäften werden Alternativen mit regionalen Produkten gesucht und möglicherweise der Orangensaft durch Traubensaft ersetzt. Für den Stadtratssitzungssaal wird eine alternative Bereitstellung von Wasser aus einem Spender in Karaffen geprüft. Über das Ergebnis wird noch berichtet.

Diese Planungen finden nicht die ungeteilte Zustimmung der Fraktionen (SPD).

Außerdem wird über die Unterzeichnung eines Memorandums zum Bündnis für bezahlbaren Wohnraum in Rheinland-Pfalz unterrichtet. Die Erklärung wird dem Protokoll beigelegt.

Weiterhin informiert der Vorsitzende über die Initiative Genuss Vorderpfalz.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2015



16. Sitzung des Stadtrates 15.12.2015 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!